Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 85 (2005)
Heft: 10-11

Buchbesprechung: Sachbuch
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sachbuch

Hans-Peter Schwarz

Republik ohne Kompass: Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik

Berlin: Propyläen Verlag, 2005

Hans-Werner Sinn

Ist Deutschland noch zu retten?

München: Econ Verlag, 2003

«Erdrückt unter Steuern und doch steuerlos / treibt in der Welt ein krankes Wrack.» Diese Zeilen eines Schlagers aus der Feder Friedrich Hollaenders, des grossen Genies deutscher Unterhaltungskunst zwischen den Weltkriegen, scheinen bei einem Blick auf die Publizistik und das politische Feuilleton wieder von brennender Aktualität zu sein. Der Boom der Wiedervereinigung war, wie man heute weiss, von Anfang an nur geliehen, und auch das Strohfeuer der Berliner Republik brennt längst nicht mehr. Der einstige Motor Europas stottert. Das Ende der Spassgesellschaft anerkennen selbst deren glühendste Anhänger. 15 Jahre nach der Wiedervereinigung hat Deutschland den Blues.

Wenigstens, so betonte Bundeskanzler Schröder kurz bevor er sich im Bundestag das Misstrauen aussprechen liess, habe seine Politik Deutschland *«nach aussen selbstbewusster, freier und geachteter gemacht.»* Hans-Peter Schwarz hingegen ist Realist. Während ein Teil der Literatur den Auftritt Deutschlands auf der Weltbühne mit dem Hauptdarstellerpaar Schröder und Fischer feiert (Gregor Schöllgen), dessen Leistung aus der Gegenkurve jedoch mit dem Vorwurf des Dilettantismus quittiert wird (Arnulf Baring), geht es ihm nicht um eine Abrechnung mit der rot-grünen Bundesregierung, sondern um die grundsätzliche Orientierung deutscher Aussenpolitik. Dieser, so Schwarz, sei der Bezugsrahmen abhanden gekommen, und so schlingere sie hin und her, ohne Sinn und ohne Ziel: Republik ohne Kompass. Über bissige Kommentare und hämische Kritik hinweg erkennt man im Kern die Weltsicht eines pragmatischen Konservativen, der versucht, der deutschen Aussenpolitik in den zu erwartenden Turbulenzen Orientierung zu geben. Bedarf ist vorhanden – das Werk dürfte noch mehrere Regierungswechsel in unverminderter Aktualität überdauern.

Schwarz wählt den zeitgeschichtlichen Analyseansatz. Ihm geht es um die elementaren Bedingungen, aus denen aussenpolitische Entscheidungen entstehen und mit denen sie zu erklären sind. Entscheidungskonstellationen werden unter Berücksichtigung struktureller Bedingungen in den geschichtlichen Kontext gestellt. Aus dieser Sicht reiht sich zunächst auch die rot-grüne Bundesregierung in die Galerie der Vorgänger ein. Wenn man der Kontinuität der deutschen Aussenpolitik von Adenauer bis Kohl das Wort redet, kommen Prämissen zur Sprache, die von keiner Regierung, gleich welcher Couleur, ernsthaft in Frage gestellt wurden: Ausgleich und Integration in Europa sowie transatlantische Partnerschaft. Die Feinfühligkeit bei der Behandlung der Empfindlichkeiten der wichtigen und weniger wichtigen Partner hatte sich als eine Stärke der Bonner Republik entwickelt. So konnte Helmut Kohl Mitte der neunziger Jahre ohne Übertreibung sagen, erstmals in der Geschichte überhaupt habe Deutschland zu den USA, England, Frankreich und Russland gleichermassen gute Beziehungen. Auch Schröder und Fischer bemühten sich zunächst um eine enge Zusammenarbeit mit den USA, was ihnen unter dem ihnen weltanschaulich näherstehenden Präsidenten Clinton leichter fiel. Sie pflegten einen wohltuend zurückhaltenden Kurs in der Europapolitik, und selten wurden Probleme so konsequent ausgeblendet wie zwischen Schröder und dem «lupenreinen Demokraten» Putin. Aber die Rahmenbedingungen hatten sich ja inzwischen auch geändert. Die bipolare Weltordnung war mit der Implosion der Sowjetunion überwunden, Deutschland wiedervereinigt und die USA die einzig verbliebene Weltmacht. Die Stärke des zeitgeschichtlichen Erklärungsansatzes liegt nun darin, unter Heranziehung der innenpolitischen Präferenzen die aussenpolitischen Handlungsmaximen aus der Interpretation der neuen internationalen Bedingungen herzuleiten und dadurch einen Orientierungsrahmen für anstehende Entscheidungsfindungen zu bieten. Die Schwäche der deutschen Aussenpolitik und ihrer massgeblichen Protagonisten ist es, dass dieser Fragestellung über ein Jahrzehnt ausgewichen wurde. Als es dann galt, in kurzer Frist eine Reihe kritischer Entscheidungen zu treffen, *«ist bisher noch keine Bundesregierung derart hurtig, und stets mit anspruchsvoller Begründung, in der Hamstertrommel der Widersprüche herumgesaust.»*

So wurde auch die Entscheidung in der Irak-Frage *ad hoc* und ohne weitere Strategiedebatte – unter den Opportunitätszwängen des Wahlkampfes zumal – getroffen und auf dem Marktplatz von Goslar der staunenden Weltöffentlichkeit der «Deutsche Weg» als Alternative zur «amerikanischen Kriegstreiberei» verkündet. Hier wurde das in einem halben Jahrhundert mühsam aufgebaute Beziehungsnetz der Äquidistanz zwischen den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich auf einen Schlag zerstört. Das Verhältnis zu den USA notleidend, jenes zu Grossbritannien zumindest angespannt, bleibt in der Not nur noch die Hinwendung zum Frankreich Chiracs, der *«Inkarnation des politischen Opportunismus»*. Doch die Wiederbelebung des deutsch-französischen Tandems bringt keine Einigung Europas gegen Amerika, sondern die Spaltung: der grössere Teil des Kontinents wendet sich ab von dieser *«entente fatale»*. Beide Grundpfeiler deutscher Aussenpolitik, der transatlantische wie der europäische, haben schweren Schaden genommen.

Hier setzt Schwarz' Versuch an, der Republik den verlorengegangenen Kompass zurückzugeben. Um aber Leitlinien aufstellen zu können, an denen sich deutsche Aussenpolitik künftig orientieren könnte, müssen zunächst die ihnen zugrundeliegenden deutschen Interessen definiert werden. Dies ist umso schwieriger, als nationale Interessen, über die

von Parteien propagierten «objektiven Interessen» hinaus, relativ und umstritten bleiben. Im deutschen Falle stehen zwei Probleme zur Lösung an. Zum einen ist im Mehrebenensystem der EU selbst deren grösster Staat nicht mehr in der Lage, die Interessen seiner Bürger allein zu definieren: *«an vielen Bahnhöfen, wo deutsche Interessen verladen werden, sind die Züge nach Europa längst abgefahren.»* Während andere das Ende nationalstaatlicher Souveränität in Europa beschwören, bleibt der Staat für Schwarz die massgebliche politische Handlungseinheit. Hier liegt das zweite Problem: die Formulierung deutscher Interessen scheint der *political correctness* zu widersprechen, weswegen das traditionelle Gleichgewicht aus Werten und Interessen in der Politikentwicklung in eine Schieflage geraten sei. Auf der Suche nach den deutschen Interessen muss sich die deutsche *classe politique,* so Schwarz, *«lauter unkorrekte Fragen»* stellen, insgesamt neun an der Zahl.

Der Reihe nach werden Chancen und Gefahren für eine Neuorientierung deutscher Aussenpolitik aufgezeigt. Europa und Amerika bleiben die Hauptbezugspunkte auf dem neuen Kompass, und für den Kenner der Politik Adenauers bleibt klar, dass beide Pole einander nicht ausschliessen. Wie sich Adenauer eine europäische Integration nicht ohne das Wohlwollen der USA vorstellen konnte, muss auch für Schwarz der Bezugspunkt USA wieder die gebotene Gewichtung erfahren. Schonungslos zeigt Schwarz deutsche Abhängigkeit sowohl von der wirtschaftlichen als auch der militärischen Potenz Amerikas auf, die allein es vermag, im Hinterhof Europas humanitäre, im nahen und fernen Osten sicherheitspolitische Ziele zu verfolgen. Der Versuch, sich – in Form von Frankreich, Russland und China – anderen Partnern zuzuwenden, erscheint von dieser Warte aus als geradezu töricht – und hier lässt das Selbstvertrauen des Autors in die Richtigkeit seiner Argumentation die eigene Fabulierlust mitunter arg ins Kraut schiessen: *«Doch der Verdacht ist nicht abzuweisen, dass sich Deutschland wieder einmal mit den Leichtgewichten zusammentat, um mit dem stärksten Matrosen im Lokal Krach anzufangen.»* So argumentiert Schwarz, nicht oft, aber hin und wieder, unter seinem eigentlichen Niveau.

Einen schlechteren Partner als Chiracs Frankreich hätte Schröder 2002 kaum finden können. Nicht nur mit überkommenen neogaullistischen Grossmachtphantasien kann Schwarz nichts anfangen, für ihn liegt der Knackpunkt in einer unterschiedlichen Interessenausrichtung. Während sich Berlin für eine Stärkung der supranationalen Ebene einsetzt, wird Europa in Paris eher als Vehikel für staatsinterventionistische Industriepolitik gesehen. Als das französische Kalkül aufging, den deutschen Wirtschaftsriesen in der EG zu domestizieren, konnte man in Paris ungehindert egoistische Politik unter Verletzung des liberalen Geistes des Binnenmarktes betreiben. Da wichtige Politikvorhaben aber nicht auf die nationale Ebene zurückverlagert, sondern in Brüssel schubladisiert wurden, war Stillstand die Folge. Auf den Partner wurde dabei (etwa im Fall Alsthom/Siemens) keinerlei Rücksicht genommen. Liegt das im deutschen Interesse? Jeden-

falls nicht im Interesse der EU, wenn das selbsternannte Führungsduo die Reihen spaltet, während es selber wirtschaftlich darniederliegt und dabei auf vereinbarte Regeln wie den Stabilitätspakt keine Rücksicht nimmt. Bei der Suche nach dem wirklichen kranken Mann Europas hätten beide gute Qualifikationschancen. Genüsslich zitiert Schwarz Nicolas Baverez' Studie über den Abstieg der *Grande Nation*. Dazu im Gegensatz bevorzugt er selber eine graduelle Hinwendung nach London. Aber auch bei der Wiederherstellung früherer Äquidistanz warnt Schwarz vor frisch-fröhlichen Improvisationen.

Die auch in der deutschen Öffentlichkeit meistumstrittene Frage bleiben die Auslandeinsätze der Bundeswehr. Nach der Vehemenz, mit der man solche in der Opposition abgelehnt hatte, musste die rot-grüne Koalition schon auf höchste moralische Begründungen («Nie wieder Auschwitz!») zurückgreifen. In der Folge stieg die Zahl solcher Einsätze dann geradezu inflationär, ohne indessen eine klare Linie oder Logik erkennen zu lassen. Auch hier fordert der Autor eine neue Sachlichkeit. *«Es ist unerfindlich, wie auf längere Sicht die Pazifizierung und Demokratisierung von Bergvölkern gelingen soll, die [...] sich dann wieder ihrer Lieblingsbeschäftigung widmen, einander gegenseitig die Hälse abzuschneiden. Wer die Öffentlichkeit glauben machen möchte, damit einen gewichtigen Beitrag zu einer ‹Zivilgesellschaft› zu leisten, bewegt sich am Rande der Lächerlichkeit.»* Egal, ob Neocons mit der Waffe die Segnungen der Demokratie in die Welt hinaustragen oder Neogaullisten ihre zwielichtige Afrikapolitik betreiben – die deutschen Interessen blieben am besten gewahrt, wenn man den Partnern mit den besten Wünschen absagt. Äquidistanz auch hier.

Schwarz' Überlegungen münden in eine Staatsräson deutscher Aussenpolitik, die, neben den bereits vorgestellten, noch auf einem weiteren Grundpfeiler ruht: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erleichtert die Wahrnehmung eigener Interessen ungemein, notfalls mit Scheckbuchdiplomatie. Man muss sie sich allerdings leisten können.

Allein, die deutsche Wirtschaft krankt. Hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, steigende Abgaben, marode Sozialsysteme, Insolvenzzahlen auf Rekordniveau, sowie Produktionsverlagerung ins nahe und ferne Ausland lassen den deutschen Patienten darniederliegen. Nach einer gründlichen Diagnose verordnet ihm Hans-Werner Sinn eine Therapie nach der *«ökonomischen Schulmedizin»*. Nur so sei Deutschland noch zu retten. Das Rezept in Form eines Sechspunkteplans ist vielleicht der schwächste, jedenfalls der kürzeste Abschnitt in der Krankenakte. Sinns Forderungen sind nicht unumstritten. Seinem Vorschlag der Kinderrente etwa halten Berufsgenossen den radikalen Umstieg auf ein kapitalgedecktes System entgegen. Und die Entmachtung der Gewerkschaften wird sich nicht ohne weiteres bewerkstelligen lassen. In der Diagnostik aber beweist sich die Meisterschaft des Mediziner-Ökonomen. Schonungslos deckt er die strukturellen Schwächen einer deutschen Wirtschaft(spolitik) auf, die sich im Lauf der Zeit institutionalisiert haben. Dabei räumt er mit manchen sich im politischen Diskurs hartnäckig haltenden Vorurteilen auf – auch mit jenem, Ökonomen könnten nicht gleichzeitig seriös und allgemeinverständlich argumentieren. Nicht mit der essayistischen Brillanz eines Hans-Peter Schwarz, jedoch eindringlich und auch für Laien jederzeit einleuchtend, beschreibt Sinn die Leidensgeschichte dieser einst so vitalen Volkswirtschaft.

Nach längerer Stagnation wird eine neue Bundesregierung ihren Dienst aufnehmen. Eine grosse Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners? Die radikalen Rezepte Hans-Werner Sinns dürften kaum in der Apotheke einer neuen Wirtschaftspolitik einzulösen sein werden. Vielleicht aber greift man im Auswärtigen Amt vermehrt zum Kompass eines Hans-Peter Schwarz. So käme das deutsche Schiff zwar nicht auf Volldampf, immerhin aber wieder in ruhigere Gewässer.

besprochen von ANDREAS BÖHM. Der 1977 geborene Politikwissenschafter ist Assistent am Schweizer Lehrstuhl für Politische Wissenschaften der Andrássy-Universität Budapest.

Alfred C. Mierzejewski

Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft

München: Siedler Verlag, 2005

«Die «Soziale Marktwirtschaft» ist heute in Deutschland nicht zuletzt deshalb ein allseits gelobtes, konsensfähiges Konzept, da es beliebig in zwei entgegengesetzte Richtungen dehnbar erscheint. Meint es, das rauhe Marktgeschehen müsse durch staatliche Interventionen, Umverteilung und kollektive Absicherung geglättet und somit «sozial» gemacht, also der bittere Kapitalismus durch sozialstaatlichen Zucker versüsst werden? Oder ist der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» in Wirklichkeit eine Tautologie? Sorgt die marktwirtschaftliche Dynamik allein schon für Effizienz und Wachstum und damit für allgemein steigenden Wohlstand?

Ludwig Erhard neigte der zweiten Interpretation zu. Dem Ökonomen Friedrich August von Hayek verriet der bundesdeutsche Wirtschaftsminister: *«Ich hoffe, Sie missverstehen mich nicht, wenn ich von der sozialen Marktwirtschaft spreche. Ich meine, dass der Markt an sich sozial ist, nicht dass er erst sozial gemacht werden muss.»* Die Mehrzahl der Deutschen hat Erhards neoliberale Provokation missverstanden. Sein Motto *«Wohlstand für alle»* gefiel ihnen wohl. Doch dass zu Erhards «Sozialer Marktwirtschaft» untrennbar die Bereitschaft zu Leistung, Risikobereitschaft, Disziplin und Eigenverantwortung gehörte – diese Wahrheit haben sie rasch und nachhaltig verdrängt. Der «dritte Weg», den die Ordoliberalen wünschten, ist längst auf Abwege geraten.

Die lesenswerte Biographie des amerikanischen Historikers Alfred C. Mierzejewski räumt einiges von dem goldenen Nebel aus, der sich um Erhards «Wirtschaftswunder» und die «Soziale Marktwirtschaft» gelegt hat. Mierzejewskis flüssig geschriebene Studie ist umso begrüssenswerter, als sie das schiefe Bild von Erhard geraderückt, das Volker Hentschel in seiner 1996 erschienenen Biographie gezeichnet hat. Hentschels Wälzer von fast tausend Seiten setzte zwar mit Recherchefleiss neue Massstä-

be, irritierte aber durch offenkundige Ressentiments des Autors. Dessen These, Erhard sei als Ökonom unfähig, als Politiker bestenfalls naiv gewesen, stiess auf Ablehnung in Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Die ersten fünfzig Jahre in Erhards Leben waren eher unspektakulär. Geboren 1897 im fränkischen Fürth, half er zunächst in der elterlichen Textilhandlung, studierte an der Nürnberger Handelshochschule und promovierte beim «Sozialliberalen» Franz Oppenheim in Frankfurt. Dessen sozialistisch gefärbte Thesen übernahm er nicht, wohl aber die Abneigung gegen das Wirken von Interessengruppen zum Schaden der echten Marktwirtschaft. Als Mitarbeiter eines Instituts für Marktforschung hatte Erhard von 1928 bis 1942 Gelegenheit, die Strategien von Verbänden und Kartellen kennenzulernen. Mierzejewski führt Erhards späteren Kampf für die Rechte der Verbraucher auch auf diese Erfahrungen zurück.

Die weitere NS-Zeit überwinterte Erhard als Leiter eines winzigen Konsumforschungsinstituts, konnte aber wichtige Kontakte zu marktwirtschaftlich gesinnten Industrieführern knüpfen. Wegweisend waren einige Passagen seiner Anfang 1944 verfassten Denkschrift «Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung», die unmittelbar vor dem Attentat des 20. Juli 1944 in Widerstandskreisen um Carl Friedrich Goerdeler zirkulierte. Erhard schlug darin vor, nach der zu erwartenden Niederlage des NS-Regimes das ganze System der staatlichen Kontrollen schrittweise abzuschaffen und freien Wettbewerb zuzulassen.

Das Jahr 1945 gilt in Deutschland als Stunde Null, deren Zeichen jedoch erkennbar auf Sozialismus standen. Das Trauma der Weltwirtschaftkrise lastete noch schwer. Allgemein wurde die Massenarbeitslosigkeit dem Chaos der Märkte zugeschrieben. Bis weit in bürgerliche Kreise hinein war daher der Glaube an eine liberale, selbstregulierte Wirtschaft brüchig geworden. Ideen von staatlicher Planung herrschten auch bei den Alliierten vor, besonders bei den Briten und Franzosen, die das NS-Kontrollsystem unverändert weiterführen wollten. Erhard, inzwischen Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung, wagte den Sprung ins kalte Wasser. Gegen massive alliierte Widerstände und die Front der deutschen Zweifler gab er am 20. Juni 1948, zeitgleich mit der Einführung der neuen Währung, einen grossen Teil der seit 1936 eingefrorenen Preise frei.

Seine mutige Tat zeitigte bald Früchte. Der Markt war entfesselt, der Weg frei für das «Wirtschaftswunder». Erhard selbst winkte ab: Wunder gebe es keine im Bereich der Wirtschaft. Der rasche Anstieg der deutschen Produktion und die verbesserte Versorgungslage seien logische Folgen des freien Marktes. Zu Recht verwirft Mierzejewski die längst widerlegte These Werner Abelshäusers, der den Aufschwung bereits vor 1948 und ohne Erhard beginnen liess. Etwas oberflächlich gerät Mierzejewski aber die Diskussion der wettbewerbstheoretischen Ideen der deutschen Ordoliberalen wie Walter Eucken und Franz Böhm, deren «ordnungspolitisches» Denken Erhard massgeblich prägte. Den Einfluss von Wilhelm Röpkes Kulturkritik auf Erhard unterschätzt er wohl.

Ein *«Körnchen Wahrheit»* sieht Mierzejewski in der Behauptung, Ludwig Erhard habe nach 1948 den Rest seiner Laufbahn in der Defensive verbracht. Zwar verfolgte er sein strategisches Ziel – mehr Markt und mehr Wettbewerb – nach dem anfänglichen Liberalisierungsschub weiterhin mit Erfolg. Schritt für Schritt gelang es ihm, Deutschland dem Welthandel zu öffnen, Märkte von staatlicher Bewirtschaftung zu befreien und den Wettbewerb zu stärken. Parallel musste er jedoch wachsende Begehrlichkeiten und Ansprüche sozialpolitischer Art abwehren. Sie hätten *«sehr oft den Eindruck, dass achtzig Prozent unserer Arbeitsenergie darauf gerichtet werden musste, Unfug zu verhüten»*, berichtete einer seiner engen Mitarbeiter. Dass Erhard auf schnelle Interventionen und Aktionismus verzichtete, legten ihm viele als Untätigkeit und Handlungsschwäche aus. Im Gegensatz zu Kanzler Adenauer hielt er auch nichts von sozialen Gefälligkeiten und Wahlgeschenken.

Ein solches war zweifellos die grosse Rentenreform von 1957. Sie sah eine «dynamische» Entwicklung der Altersrenten vor, bescherte Rentnern raschwachsende Pensionen und der CDU eine absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl. Aus wirtschaftliberaler Sicht war das Umlagesystem, euphemistisch als «Generationenvertrag» deklariert, ein Sündenfall ersten Ranges. Erhard sagte explodierende öffentliche Ausgaben voraus, wenn Eigenvorsorge durch Kollektivversorgung ersetzt würde. Das ganze Ausmass der Kostenlawine, die auf nachfolgende Generationen zurollen sollte, erkannte selbst Erhard nicht (die implizite deutsche Staatsschuld durch Rentenansprüche wird gegenwärtig auf 270 Prozent des BIP geschätzt). Mierzejewski nennt die Rentenreform *«das Ende der Sozialen Marktwirtschaft»* und *«eine entschiedene Abkehr der Politik weg vom Markt und hin zur Schaffung des Wohlfahrtsstaates»*.

Erhards Kanzlerschaft von 1963 bis 1966 stand unter keinem guten Stern. Im Grunde war er ein unpolitischer Mensch geblieben. Er fühlte sich fremd im Haifischbecken der Macht. Aussenpolitisch erlebte der überzeugte Atlantiker eine eigentliche Bruchlandung, als US-Präsident Johnson seine Bitte um Stundung der deutschen Offset-Zahlungen schroff zurückwies – eine *«absolut widerwärtige Affäre»* in den Worten Mierzejewskis. In der Wirtschaftspolitik, seinem ureigenen Feld, hatte Erhard nicht verhindern können, dass immer mehr wohlfahrtsstaatliche Elemente, immer mehr Zugeständnisse an Interessengruppen die ordnungspolitische Linie verwässerten. Etwas hilflos versuchte er mit dem vagen Konzept einer *«formierten Gesellschaft»* gegenzusteuern. Die beginnende Abkehr von der Marktwirtschaft – nicht die vermeintliche Rückkehr zu einem schwächeren Wachstum, wie Mierzejewski betont – war der Grund für die deutliche Ermüdung der deutschen Wirtschaftskraft Mitte der sechziger Jahre. Ein plötzlicher konjunktureller Einbruch bedeutete schliesslich das politische Ende des Kanzlers Ludwig Erhard.

Mierzejewskis Fazit stimmt nachdenklich: *«Es ist zweifelhaft, ob die Mehrheit der Bundesdeutschen Erhards soziale Marktwirtschaft jemals verstanden oder gar unterstützt hat.»* Der Zucker des Wohlfahrtsstaats wird bis heute nicht als süsses Gift erkannt.

besprochen von PHILIP PLICKERT, Ökonom, geboren 1979, promoviert zurzeit an der Universität Tübingen.